

Minijobs als Jobkiller

Die neuen Möglichkeiten für Zu- und Nebenverdienste stoßen auf großes Interesse. Geringqualifizierte werden dadurch aber weiter vom Arbeitsmarkt verdrängt **VON RONNIE SCHÖB UND JOACHIM WEIMANN**

Erfolg hat bekanntlich viele Väter. Unmittelbar nachdem die FTD als erste Bilanz der Reform vom 1. April hatte, trat die Union auf den Plan, um auf ihren Beitrag zu diesem Reformwerk hinzuweisen. Vielteiler sollten sich die Unionspolitiker das noch einmal überlegen. Die Minijobreform wird sich nämlich schon sehr bald als arbeitsmarktpolitischer Bumerang entpuppen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat bereits darauf hingewiesen, dass es sich bei den vielen neuen Minijobs vor allem um Umbuchungen handeln dürfte.

Genauer wird die zuständige Bundesknappschaft in Cottbus Mitte Juni bekannt geben. Dann wird sich zeigen, dass die Erleichterungen geringfügiger Beschäftigung massive Anreize schaffen, bisher sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsverhältnisse in Minijobs umzuwandeln. Besonders im Bereich gering qualifizierter Arbeit, in dem die Zerlegung eines „regulären“ Arbeitsplatzes in zwei oder drei Minijobs organisatorisch machbar ist, lassen sich so viele Kosten sparen.

Zu mehr Beschäftigung führt das nicht. Im Gegenteil, die Anbieter einfacher Arbeit geraten in Wettbewerb mit Zweitverdienern und Zuverdienern, die durch die Minijobreform begünstigt werden. Tatsächlich kann man leicht zeigen, dass die Minijobregeln nur für diese Gruppen zusätzli-

che Arbeitsanreize schaffen (vgl. den Beitrag der Autoren in der FTD vom 5. Februar). Auf Grund der nach wie vor hohen Transferentzugsraten lohnt es sich für einen Arbeitslosen- oder Sozialhilfeempfänger nicht, einen Minijob anzunehmen. Daran ändert auch die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nichts. Zwar ist im Zuge dieser Reform vorgesehen, die Zuverdienstmöglichkeiten zu verbessern, aber man begnügt sich mit homöopathischen Dosen – es bleibt bei Transferentzugsraten von 75 Prozent und mehr. Auch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau wird nichts bewirken, denn für die meisten gering qualifizierten Arbeitslosen gilt, dass ihr Hilfeanspruch ohnehin unter dem Sozialhilfeniveau liegt.

Was wir zurzeit erleben, ist eine gefährliche Spaltung des Arbeitsmarktes. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die eine Arbeit suchen, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können, ohne auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein. Diese Menschen benötigen reguläre Beschäftigung, bei der sie eine Wertschöpfung erzielen können, die ausreicht, um ein auskömmliches Nettoeinkommen und die Lohnzusatzkosten zu decken. Für gering qualifizierte Arbeitssuchende ist dies

unter den heutigen Bedingungen ein aussichtsloses Unterfangen, weil die hohe Abgabenlast dazu führt, dass die Bruttolohnkosten bei regulärer Beschäftigung höher ausfallen als ihre Wertschöpfungsbeiträge. Das Problem geringer Arbeitsanreize auf Grund hoher Transferentzüge im Fall der Arbeitsaufnahme kommt hinzu. Beides zusammen – zu hohe Kosten für die Arbeitsnachfrager und fehlende Anreize für die Arbeitsanbieter – führt zu der stetig wachsenden Massenarbeitslosigkeit gering qualifizierter Menschen. Keines der bisher angefassten Reformvorhaben – am wenigsten die Minijobs – wird daran etwas ändern.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die entweder Arbeitszeinkommen beziehen oder einen Ehepartner haben, der dies tut. Sie wollen sich mit einem Minijob ein „Zubrot“ verdienen. Offensichtlich handelt es sich dabei um eine andere Art von Beschäftigung, als die, nach der Arbeitslose suchen. Es ist eben eine „geringfügige Beschäftigung“, die die „hauptberufliche Erwerbsarbeit“ nicht ersetzen kann und auch nicht ersetzen sollte. Genau das geschieht nun aber. Die an und für sich getrennten Arbeitsmarktsegmente vermischen sich. Minijobber konkurrieren mit Arbeitslosen um freie Jobs und wer-

den von Unternehmern immer mehr benutzt, um reguläre Erwerbstätigkeit zu verdrängen.

Der grundsätzliche Fehler der Politik besteht darin, Minijobs überhaupt als ein Instrument zu betrachten, mit dem Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann. Flexibilität bei den geringfügiger Beschäftigten ist gut und wünschenswert, aber nur dann, wenn dadurch keine Konkurrenz für reguläre Beschäftigung entsteht.

Vermieden werden kann diese Konkurrenz nur dadurch, dass die Situation der Geringqualifizierten drastisch verbessert wird. Es bedarf einer Reform, die einerseits die Anreizprobleme auf Seiten der Arbeitslosen beseitigt und andererseits dafür sorgt, dass einfache Arbeit in Deutschland wieder bezahlbar wird. Die Bruttolöhne müssen sinken. Die Automaten haben mit der so genannten „Magdeburger Alternative“ einen Reformvorschlag vorgelegt, der im Kern darauf hinausläuft, durch eine massive Absenkung der Bruttolöhne die Nachfrage nach einfacher Arbeit zu reanimieren. Im Unterschied zu nutzlosen Instrumenten wie dem Job-Floater oder den PSAs und zu schädlichen Instrumenten wie der Mini-jobreform könnten so mehr als 1,3 Millionen neue reguläre Arbeitsplätze entstehen.

RONNIE SCHÖB UND JOACHIM WEIMANN sind Professoren für Volkswirtschaft an der Universität Magdeburg.